

KBV kündigt Widerstand gegen Reformpläne an

Gesundheitsreform 2000 stand im Mittelpunkt der Vertreterversammlung der Kassenärztlichen Bundesvereinigung am 31. Mai in Cottbus

von Ruth Banners

Zum geschlossenen Widerstand gegen die Bonner Reformpläne hat der Vorsitzende der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV), Dr. Winfried Schorre, seine Kolleginnen und Kollegen aufgerufen. Mit der Gesundheitsreform 2000 würden „umstürzlerische Planungen“ verfolgt, sagte Schorre auf der KBV-Vertreterversammlung am 31. Mai in Cottbus. Schorre: „Die Bundesgesundheitsministerin liefert das medizinische Versorgungssystem den unternehmenspolitischen Interessen konkurrierender Krankenkassen aus. Dies bedeutet Rationierung, Zerschlagung bewährter Strukturen und eine Entsolidarisierung der Versicherten.“

Ins Zentrum seiner Kritik stellte Schorre die geplante Einführung eines Globalbudgets, die zwangsläufige Auflösung des Sicherstellungsauftrages durch die Eröffnung von Einkaufsmodellen auf breiter Front sowie die drohende Überbürokratisierung.

„Fortführung der Budgetierung ohne Notwendigkeit“

Die Einführung eines Globalbudgets bei Fortbestand der sektoralen Budgetierung laufe auf eine Zuteilungsmedizin hinaus, die das Arzt-Patienten-Verhältnis zerstöre. Schorre bestritt entschieden jede Notwendigkeit für die Fortführung der Budgetierung. Denn mit einem durchschnittlichen Anstieg von 2,8

Prozent der Ausgaben der GKV pro Jahr während der letzten sechs Jahre könne von einer alarmierenden Entwicklung keine Rede sein.

Diesen 2,8 Prozent stünden durchschnittliche Steigerungsraten von 3,6 Prozent für die Verwaltungsausgaben der Krankenkassen gegenüber. In Folge der Fülle neuer Verwaltungsaufgaben der Krankenkassen würden diese Kosten nochmals steigen, und das zu Lasten der medizinischen Versorgung. Denn wegen der Deckelung der Gesamtausgaben durch das Globalbudget könne dieses Geld nur von Ausgaben für die Versorgung abgezweigt werden, erklärte Schorre.

Als „infame Unterstellung“ wies der KBV-Vorsitzende in diesem Zusammenhang die Behauptung von Bundesgesundheitsministerin Andrea Fischer zurück, der Ausgabenanstieg für Arzneimittel im ersten Quartal sei von den Ärzten herbeigeführt, um die Ausgabenbudgetierung der Arznei- und Heilmittel bewußt vor die Wand fahren zu lassen.

Tatsächlich hätten vor allem teure Arzneimittelinnovationen, eine Verlagerung von Behandlungen aus dem Krankenhaus in die ambulante Versorgung und eine außergewöhnliche Grippewelle den starken Ausgabenanstieg im ersten Quartal dieses Jahres verursacht, analysierte KBV-Vorstandsmitglied Dr. Jürgen Bausch.

Vor allem die zahlreichen innovativen Spezialpräparate hätten

zum Kostenanstieg beigetragen. „So viele Venensalben kann man gar nicht weglassen, um AIDS, Krebs oder Transplantationsnachsorgen budgetneutral therapieren zu können“, sagte Bausch.

Sicherstellungsauftrag der KVen gefährdet

Zusätzlich zur drohenden Rationierung in Folge der Budgetierung drohe auch eine Zerstörung der vorhandenen einheitlichen und allen Versicherten gleichermaßen zugänglichen Versorgungsangebote. Denn mit den sogenannten „integrierten Versorgungsformen“ wird nach Auffassung Schorres der Sicherstellungsauftrag der KVen aufgelöst und die einheitliche, flächendeckende und qualitätsgesicherte Versorgung zerstört. Das Ergebnis werde eine „durch kassenspezifische Vertragsdiktate zersplitterte Versorgungslandschaft“ sein. Erschwerend komme hinzu, daß die Finanzmittel für die integrierten Versorgungsverträge von den sektoralen Budgets abgezogen werden müßten und damit notwendige Gelder für die Aufrechterhaltung der Regelversorgung entzogen würden, so Schorre.

Erstickende Überbürokratisierung droht

Der Referentenentwurf sei zudem geprägt von Regelungswut, kleinkarierten Regelungsvorgaben, kürzesten Fristen, Schiedsamtsverfahren ohne Ende, Kaskaden von Datensammlungen und Datensammelstellen, Prüfaufträgen sowie Dokumentations- und Berichtspflichten. Schorre: „Wir werden an einer Übermaßbürokratie erstickten.“ Falls das Gesundheitsreformgesetz zum 1. Januar 2000 Realität werden sollte, „werden wir die Frage zu beantworten haben, ob wir unter derartigen Bedingungen den Sicherstellungsauftrag überhaupt noch wahrnehmen können“, meinte Schorre weiter.

Verständigung zwischen Haus- und Fachärzten

Der KBV-Vorsitzende appellierte auch an die innerärztliche Geschlossenheit vor allem zwischen

Haus- und Fachärzten. Er betonte, daß die KBV in vielerlei Hinsicht für die Belange der Hausärzte eingetreten sei und gleichzeitig versucht habe, die Fachärzte nicht zu benachteiligen. Er berichtete von erfolgreichen Konsensgesprächen mit dem Berufsverband der Allgemeinärzte. Dabei sei Einigkeit erzielt worden darüber, daß die Budgets abzulehnen seien und der Sicherstellungsauftrag bei den Kassenärztlichen Vereinigungen verbleiben solle. Schorre bat die Landesverbände des Hausärzterverbandes (BDA), die Einigung auf Bundesebene mitzutragen und zu unterstützen.

Der vorliegende Referentenentwurf könne von der Ärzteschaft

nicht akzeptiert werden, so Schorre abschließend. Er kündigte an, daß die Vertragsärzteschaft das Gesetzgebungsverfahren weiter kritisch begleiten werde, „und zwar für die Öffentlichkeit unüberhörbar“. Die KBV lasse sich davon auch nicht durch Drohungen abbringen. Schorre spielte damit auf eine Ankündigung Andrea Fischers an, die Informationskampagne der KBV aufsichtsrechtlich prüfen zu lassen. Die vom Gesetzgeber geplante „Systemrevolution“ verpflichte die Vertragsärzteschaft, die Bevölkerung über die Folgen einer patientenfeindlichen Politik zu informieren.

„Die Reform ist schlecht gemeint, aber relativ gut gemacht“, warnte

auch Nordrheins Kammerpräsident Professor Dr. Jörg-Dietrich Hoppe seine Kolleginnen und Kollegen in der Vertreterversammlung. Die Pläne liefen auf eine Destruktion der ambulanten Versorgung hinaus. Im Krankenhaus seien Wartelisten die unvermeidliche Folge.

In einer einstimmig verabschiedeten Resolution schlossen sich die Mitglieder der Vertreterversammlung der Auffassung Schorres an. Darin werden die Reformpläne der Bundesregierung als ein Experiment bezeichnet, „mit dem die Qualität der medizinischen Versorgung in Deutschland wider besseres Wissen aufs Spiel gesetzt wird“.

Positionspapier

Bündnis Gesundheit Nordrhein 2000 – Die Allianz der Gesundheitsberufe für die Erhaltung einer Patientenversorgung auf hohem Niveau

Gesundheitsreform 2000: Leistungsabbau und Systembruch drohen!

Wer krank wird, erwartet von den Fachberufen im Gesundheitswesen zu Recht Behandlung und Betreuung auf hohem Niveau. Derzeit können die Gesundheitsberufe die hohe Qualität der Patientenversorgung noch weitgehend gewährleisten. Das deutsche Gesundheitssystem gehört immer noch zu den besten der Welt.

Doch schon im kommenden Jahr droht dieses bewährte System von einem Abwärtssog erfaßt zu werden. Die von der Bundesregierung für das Jahr 2000 geplante Gesundheitsreform sieht nämlich massive Eingriffe in unser Gesundheitswesen vor. Diese gefährden das derzeitige Niveau der Versorgung und Betreuung und bedrohen die Leistungsfähigkeit der Gesundheitsberufe, die heute bereits nur durch ihren großen persönlichen Einsatz die hohe Qualität der medizinischen und pflegerischen Betreuung aufrechterhalten.

Deshalb sehen es die Gesundheitsberufe als ihre Pflicht und ihr Recht an, die Bevölkerung über die Gefahren aufzuklären, die eine übereilt durchgezogene und systemverändernde Gesundheitsreform 2000 heraufbeschwört:

- **Leistungsabbau und Zuteilungsmedizin in der Patientenversorgung** durch eine starre Obergrenze für die Ausgaben (Globalbudget), die sich nicht am Bedarf der Patienten und am medizinischen Fortschritt ausrichtet. Die hiermit verbundenen Einschränkungen werden die Patienten – zum Beispiel bei der Verordnung von Arzneimitteln und Heilmitteln sowie bei der Schließung von Krankenhausabteilungen – sehr schnell zu spüren bekommen.
- **Vernichtung Zehntausender von Arbeitsplätzen in Praxis und Krankenhaus.** Die Bundesregierung gefährdet mit ihrer restriktiven Politik Arbeitsplätze in einem Sektor, an dem allein in Nordrhein-Westfalen über 800.000 und bundesweit 4,2 Millionen Arbeitsplätze hängen. Dies steht im krassen Gegensatz zur Erklärung der 6. Landesgesundheitskonferenz vom 10.10.1997, wonach „das Gesundheitswesen als eine der zukunftsträchtigen Wachstumsbranchen volkswirtschaftlich erwünschte Investitionen bewirken und Beschäftigungschancen eröffnen kann“.
- **Zerschlagung der einheitlichen Versorgungslandschaft.** Indem die Reform eine einseitige Stärkung der Macht der Krankenkassen vorsieht, wird die einheitliche, flächendeckende Versorgung der Bevölkerung zur Disposition gestellt. Denn die Kassen stehen untereinander im Wettbewerb. Deshalb müssen sie um ihres wirtschaftlichen Erfolges willen mehr an den „guten Risiken“ – sprich: gesunden Versicherten – interessiert sein als an den Kranken.

Die Berufe im Gesundheitswesen treten diesen Fehlentwicklungen entgegen. Sie engagieren sich für eine qualifizierte medizinische Behandlung, Betreuung und Pflege ihrer Patienten auch in Zukunft. Sie setzen sich für angemessene Wachstumschancen im Zukunftssektor Gesundheitswesen ein. Deshalb haben sie sich auch im Landesteil Nordrhein zum „Bündnis Gesundheit 2000“ zusammengeschlossen. Die gemeinsame Forderung:

Patientenversorgung auf hohem Niveau – Stoppt die Gesundheitsreform 2000.

Dem „Bündnis Gesundheit Nordrhein 2000“ gehören bisher an:

Ärztammer Nordrhein; Apothekerkammer Nordrhein; Apothekerverband Nordrhein; Arbeitsgemeinschaft Deutscher Schwesternverbände und Pflegeorganisationen, Landesgruppe Nordrhein-Westfalen; Bund Deutscher Hebammen, Landesverband Nordrhein-Westfalen; Berufsverband der Arzt-, Zahnarzt- und Tierärzthelferinnen; Deutscher Berufsverband für Pflegeberufe, Landesverband Nordrhein-Westfalen; Deutscher Bundesverband für Logopädie; Deutscher Verband Technischer Assistenten, Regionalgruppe IV; Freier Verband Deutscher Zahnärzte; Hartmannbund, Landesverband Nordrhein; Kassenärztliche Vereinigung Nordrhein; Kassenzahnärztliche Vereinigung Nordrhein; Landesverband nordrhein-westfälischer Krankengymnasten/Physiotherapeuten; Marburger Bund, Landesverband Nordrhein-Westfalen/Rheinland-Pfalz; NAV-Virchowbund, Landesverband Nordrhein; Verband Physikalischer Therapie, Landesgruppe Westfalen/Niederrhein; Zahnärztekammer Nordrhein

Zum „Bündnis Gesundheit Nordrhein 2000“ siehe auch Bericht Seite 7.